

Parolen der SN-Redaktion

Riskieren wir den Schritt

Die Erneuerung der Spitäler Schaffhausen ist teuer und riskant – doch auch ein Nein geht mit Risiken einher. Die «Schaffhauser Nachrichten» empfehlen der Stimmbevölkerung, sich auf das Wagnis einzulassen.

Tobias Bolli

SCHAFFHAUSEN. Am 30. November entscheidet die kantonale Stimmbevölkerung über eines der grösssten Infrastrukturprojekte der jüngeren Geschichte. Soll der Kanton das nun vorliegende Projekt zur baulichen Erneuerung der Spitäler Schaffhausen unterstützen und dafür bis zu 130 Millionen Franken in die Hand nehmen? 70 Millionen Franken flssen direkt ins Eigenkapital der Spitäler, 60 Millionen könnten als rückzahlbares Darlehen vom Kanton beantragt werden.

Das Geld ist bestimmt für den Ersatz des sanierungsbedürftigen Gebäudeteils aus den 70er-Jahren, der einem modernen Spitalbau mit fünf Stockwerken und einer Fläche von rund 27’000 Quadratmetern weichen soll. Weiter ist eine Sanierung des Altbaus aus den 50er-Jahren vorgesehen sowie ein neues Parkhaus mit einer Energiezentrale. Mit der Infrastruktur soll die im Spitalgesetz festgelegte erweiterte Grundversorgung abgedeckt werden.

Ein grosser Batzen

Es geht bei dieser Vorlage um eine erkleckliche Summe. Rechnet man die Bauteuerung und die Betriebskosten mit ein, kostet das Projekt alles in allem 400 Millionen Franken, 100 Millionen Franken davon sollen später mit einem Bankkredit zusammengetrommelt werden. Die übrige Summe von 208 Millionen Franken wollen die Spitäler Schaffhausen aus eigener Kraft stemmen. Sagen wir Ja zu dieser Kreditvorlage, nimmt der Kanton und damit alle Steuerzahler ein Risiko in Kauf, das über die genannten 130 Millionen Franken noch hinausgeht. Scheitert der Geschäftsplan der Spitäler Schaffhausen – von einer PwC-Begleitstudie wurde er als «ambitioniert» bezeichnet –, knn-



Die Spitäler Schaffhausen bedürfen einer Erneuerung.

Bild: Melanie Duchene

ten die Steuerzahler erneut zur Kasse gebeten werden, um dieses riesige Projekt zu stützen.

Beispiele aus anderen Kantonen zeigen, dass auch und gerade im Zuge von Neubauten die öffentliche Hand noch einmal um Millionenzahlungen angegangen werden muss. Ein Ja an der Urne stopft also nur die jetzt sichtbare Finanzierungslücke; ob es noch andere Lücken geben wird – möglicherweise grosse und immer wieder neu aufklaffende –, das kann derzeit niemand sagen. Eine Zustimmung ist mit einem substanziellen finanziellen Risiko verbunden, das vor allem die jüngere Generation wird tragen müssen.

Mangelhafte Alternative

Doch gilt es auch die Folgen eines Neins zu dieser Vorlage zu

beachten. Die finanziellen Bedenken würden dadurch nicht zerstreut; es existiert kein Alternativ-Projekt, das sich aus der Schublade ziehen liesse und sofort Einsparungen erlauben würde. Ein solches müsste erst erarbeitet werden. Bis dieses neue Projekt nach einem jahrelangen Prozess irgendwann abstimmungsreif wäre, müssten die Patienten und die 1700 Mitarbeitenden der Spitäler sich weiter mit den suboptimalen Bedingungen arrangieren.

Am Ende hätten wir nicht zwingend ein kostengünstigeres Spital. Eine Studie der H. Limacher Parter AG bescheinigt dem vorliegenden Projekt, in puncto Grsse recht gut auf den Versorgungsauftrag der Spitäler abgestimmt zu sein. Eher sind die Dimensionen nach der jüngsten

Kostenreduktion und Schrumpfung des Gebäudevolumens ein wenig klein geraten. So sprechen die Krankenhausplaner in ihrem Bericht von einer baulichen Erweiterung, die bei den zur Abstimmung stehenden Dimensionen bereits in naher Zukunft möglicherweise erforderlich werden. Ob eine erneute Planung die Kosten wirklich reduzieren kann, ohne die Zukunftsfähigkeit des Spitals zu gefährden, ist angesichts dieser Expertise fragwürdig.

Nicht die Falschen bestrafen

Ohne Zweifel: Der Weg zum heutigen Projekt verlief in den vergangenen 13 Jahren auf krummen, sich immer wieder im Gebusch verlierenden Pfaden. Er hat viele Direktoren, Spitalratsprsidenten und Projektlei-

tenden nicht mit Ruhm bekleckert. Sie gaben teilweise falsche Versprechen ab – der Spitalbau lasse sich aus eigener Kraft finanzieren oder er koste «nur» 240 Millionen Franken – und gaben sich allzu rasch die Klinken in die Hand. Auch einige Politiker haben bei der Begleitung des Projekts nicht brilliert.

Trotzdem wäre es falsch, die jetzigen und künftigen Patientinnen und Patienten für die Fehler dieser Leute zu bestrafen. Die Bevölkerung verdient ein modernes, auf seine Bedürfnisse ausgerichtetes Spital. In diesem Sinne empfiehlt die Redaktion die vorliegende gesundheitspolitische Gretchenfrage mit einem Ja zu beantworten – auch wenn dieses Ja mit einem grossen, nicht zu unterschätzenden Risiko verbunden ist.

Nein zu einer extremen Initiative

BERN. Das Anliegen der Jungsozialisten trägt den Namen «Volksinitiative für soziale Gerechtigkeit» und will, dass Vermögende in der Schweiz beim Erbgang massiv besteuert werden: bersteigt das Erbe 50 Millionen Franken, soll die Hälfte des Betrags an den Staat fliessen, der damit seine Klimapolitik finanzieren soll. Argumentiert wird Juso-üblich mit der Mär von den «bösen Reichen», welche die Welt kaputt machen. Das Narrativ der vererbten Reichen ist trotzdem falsch: Die Vermögenden zahlen bei den Einkommenssteuern bereits einen Löwenanteil, auch die daraus entstehenden Vermögen werden besteuert, wenn auch reduziert. Mit dem Angriff auf die Wohlhabenden droht allerdings ein grobes Eigentor: Sollte die Initiative umgesetzt werden, ist laut Bund mit einer Abwanderung eines Teils dieser Steuerzahler zu rechnen, und das wiederum würde in der Staatskasse mehr als spürbar sein – und zwar für alle. Das Anliegen entstammt einer kurzsichtigen und extremen Weltsicht und verdient eine klare Ablehnung an der Urne. (rob)

Vorhaben schiesst bers Ziel hinaus

BERN. Die Service-Citoyen-Initiative will allen jungen Schweizerinnen und Schweizern einen verpflichtenden Dienst auferlegen. Diesen sollen sie in der Armee, im Zivilschutz, im Zivildienst oder in gemeinnützigen Projekten leisten. So wollen die Initianten Krisenresistenz und den Zusammenhalt im Land stärken. Doch mit Zwang funktioniert das nicht. Frauen leisten seit jeher den Löwenanteil an Care-Arbeit – ein zusätzlicher Pflichtdienst ist weder nötig noch gerecht. Der Wirtschaft würden Fachkräfte entzogen, zudem wären die Kosten immens. Gerade in Krisen braucht es eine funktionierende Wirtschaft und Menschen, die Lücken schliessen, die der Staat nicht fllen kann. Die Redaktion empfiehlt, ein Nein in die Urne zu legen. (tbu)

Wagen oder warten? Schaffhausen vor der Kulturentscheidung

Schaffhausen sollte den Mut haben, sich um den Titel «Kulturhauptstadt Schweiz 2030» zu bewerben – weil das Risiko zum jetzigen Zeitpunkt klein, das Potenzial aber gross ist. Die Redaktion der «Schaffhauser Nachrichten» empfiehlt ein Ja.

Mark Liebenberg

SCHAFFHAUSEN. Am 30. November stimmt die Stadt Schaffhausen über einen Kredit von 4 Millionen Franken ab. Diese Abstimmung entscheidet drber, ob sich Schaffhausen um den Titel «Schweizer Kulturhauptstadt 2030» bewerben kann. Es geht also noch nicht um das Projekt selbst, sondern um die Teilnahme am Auswahlverfahren – das Geld würde nur fliessen, wenn die Stadt den Zuschlag erhält.

Befürworter betonen die Chance, Schaffhausen aus der kulturellen Randlage zu holen und schweizweit sichtbar zu machen. Ohne das Label «Kul-

turhauptstadt» liesse sich ein ähnliches Projekt zwar auch lokal umsetzen, doch es fehlte die nationale Ausstrahlung – und vor allem das landesweite Marketing, das eine solche Marke mit sich bringt. Im Juni 2026 entscheidet eine Jury des nationalen Vereins Kulturhauptstadt, welche Stadt Austragungsort wird: Lugano, Bel-linzona, Aarau, Thun oder Schaffhausen.

Im Erfolgsfall bliebe bis 2030 ausreichend Zeit, um Inhalte, Strukturen und Finanzierung sorgfältig aufzubauen. Schaffhausen könnte zudem 2027 genau beobachten, wie La Chaux-de-Fonds das erste Kul-

turhauptstadtjahr umsetzt, und daraus lernen. Wichtig wird sein, dass in der Organisation, welche für die definitive Planung verantwortlich ist, nicht nur Stadt und Land, sondern auch Mainstream- und Nischenkultur vertreten wären. Das Ziel ist kein verlängertes Stadtfest, nicht bloss ein nationales Schau-fenster des Bestehenden für ein Jahr, sondern etwas Neues, das zwingend auch Bleibendes schaffen muss.

Gewiss, es ist ernüchternd, wie wenig die Stimmbürger jetzt wissen, mit welchem Konzept, welchen Ideen oder Highlights Schaffhausen sich bis Ende Dezember bewerben wird. Das

sorgt für eine gewisse Unsicherheit – und ist zugleich Ausdruck der frühen Phase: Noch gibt es kein fertiges Detailkonzept, weil es verfrüht und finanziell unklug wäre, ein solches auszuarbeiten, solange offen ist, ob Schaffhausen überhaupt den Zuschlag erhält. Die bisher eingesetzten knapp 100’000 Franken wurden darauf verwendet, eine kluge und Erfolg versprechende Bewerbung einzureichen, um Grundlagen und Netzwerke aufzubauen.

Wer Innovation will, muss Unsicherheit aushalten. Gerade weil Schaffhausen klein ist, kann eine solche Bewerbung neue Kräfte freisetzen: zwi-

schen etablierten Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, zwischen Kultur und Wirtschaft. Zu Recht wird auch über Finanzierung debattiert. Bei einem Gesamtbudget von 18 Millionen Franken sollen über 10 Millionen durch Stiftungen und Sponsoren zusammenkommen. Das ist nicht ehrgeizig, aber nicht unrealistisch –vergleichbare Projekte zeigen, dass erfolgreiche Partnerschaften möglich sind, wenn die öffentliche Hand ein klares Bekenntnis abgibt. Der Kanton und mehrere Gemeinden haben ihre Unterstützung bereits zugesichert, wenn die Munots-

tadt mit ihrer Bewerbung überzeugt. Diese Voraussetzung kann nur erfüllt werden, wenn das Stimmvolk jetzt ein Ja ausspricht.

Ein Nein wäre bequem, aber auch ein wenig mutlos. Ein Ja eröffnet Handlungsspielräume, verpflichtet die Verantwortlichen allerdings auch zu Offenheit und breiter Beteiligung. Die Redaktion der «Schaffhauser Nachrichten» empfiehlt ein Ja – das Risiko ist zum jetzigen Zeitpunkt überschaubar, der Gewinn potenziell enorm: Sichtbarkeit, regionale Wertschöpfung und ein gestärktes Selbstverständnis als kreative, lebendige Region.